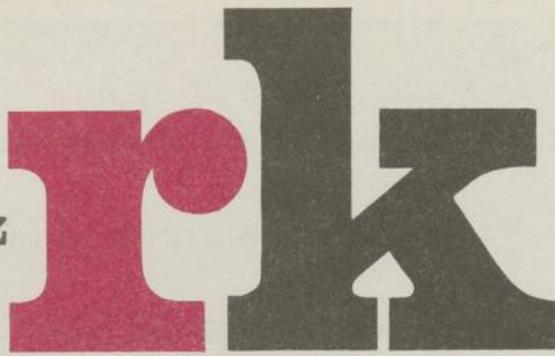


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 15. März 1985

Blatt 621

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: HBW-Enquete: Fachleute sollen neue Geräte beurteilen
(rosa) Vor Investitionen Kosten-Nutzen-Analyse
Titel "Veterinärrat" für Dr. Szumlakowski
Betriebsmittelkredite auf 1.250 Millionen aufgestockt
Erster Wiener Feuermauer-Malwettbewerb: Preise
für bunte Ideen
Pressekonferenz Zilk - Blecha: 15 "Sprayer"
festgenommen

Nur
über FS: 14.3. Leckes Tankschiff

HBW-Enquete: Fachleute sollen neue Geräte beurteilen

=++++

1 Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) Auf der Suche nach einem kundenfreundlichen Meßgerät haben die Heizbetriebe Wien auf Anregung von Stadtrat Johann HATZL am 13. und 14. März eine Enquete im Wiener Rathaus veranstaltet. Die neuen Geräte sollten folgende Anforderungen erfüllen: Sie sollen die verbrauchte Wärmemenge korrekt messen, für die Konsumenten leicht ablesbar jedoch nicht manipulierbar sein und sie dürfen vor allem nicht zu einer Verteuerung der Heizkosten führen. Bei der Präsentation zeigte sich nun, daß die angebotenen Wärmezähler und Heizkostenverteiler teils den Erfordernissen nicht entsprachen, teils in der Praxis zuwenig erprobt sind. Stadtrat Hatzl hat nun als nächsten Schritt unabhängige Fachleute beauftragt, die angebotenen Geräte technisch zu überprüfen und zu beurteilen. Nach dieser Beurteilung wird Stadtrat Hatzl Mietervertreter, Mandatäre aber auch den Aufsichtsrat der HBW ersuchen, sich erneut mit dieser Frage zu befassen. Derzeit sieht es so aus, daß die jährlichen Betriebskosten bei den präsentierten Heizkostenverteilern zwischen 400 Schilling und 1.400 Schilling höher liegen als bei den zur Zeit verwendeten Geräten. Bei den Wärmezählern betragen die jährlichen Mehrkosten sogar zwischen 1.700 Schilling und 4.700 Schilling. Eine Möglichkeit, die Kosten für die neuen Wärmezähler zu reduzieren wäre dann gegeben, wenn die gesetzliche Nacheichfrist für Wärmezähler von derzeit zwei Jahren auf vier Jahre erweitert würde.

Fernwärmekunden werden in absehbarer Zukunft sicherlich keine nennenswerten Einsparungen durch andere Meßgeräte erzielen, sondern viel mehr durch verbesserte Wärmedämmung bei den Wohnbauten und bei den Rohrleitungen profitieren, meinte Hatzl abschließend. (Schluß)
ba/gg

NNNN

Vor Investitionen Kosten-Nutzen-Analyse (1)

=++++

2 #Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) Eine neue Wiener Haushaltsordnung, die in Kürze in Kraft treten wird, sieht vor, daß vor dem Beschluß über eine kommunale Investition auch ein detaillierter Bericht über die Folgekosten und die Folgeeinnahmen der Investition gegeben wird. Das gab Vizebürgermeister Hans MAYR Freitag im Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik bei der Erörterung eines FPö-Antrages zu einer Kosten-Nutzen-Analyse bekannt. Sprecher der SPö, der öVP und der FPö begrüßten im Finanzausschuß diese Neuregelung der Haushaltsordnung.#

In Zukunft werden bei Investitionsbeschlüssen folgende Daten berücksichtigt werden:

o Laufende Folgeausgaben

- Durch Vermehrung der Dienstposten entstehende jährliche Mehrausgaben an Leistungen für Personal und Pensionen,
- jährliches Mehrerfordernis für die laufenden Sachausgaben (Beleuchtung, Beheizung usw.),
- jährliches Mehrerfordernis für die Instandhaltung,
- jährliches Mehrerfordernis für den Schuldendienst.

o Folgeeinnahmen.

(Forts.) sei/gg

NNNN

Vor Investitionen Kosten-Nutzen-Analyse (2)

Utl.: Anträge zu Getränkesteuer, AKH und Grünlandfonds

=++++

3 Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) Im Finanzausschuß wurden Freitag zwei Anträge der öVP zum Thema Getränkesteuer und VAMED-AKH-Vertrag sowie ein FPö-Antrag zur Einrichtung eines Grünlandfonds behandelt. Die Antworten dazu wurden mit den Stimmen der SPö zur Kenntnis genommen.

Bei der Getränkesteuer forderte die öVP eine Umstellung des Systems auf eine Produktionsabgabe. Vizebürgermeister MAYR erklärte dazu, daß gegen eine solche Regelung vor allem die Landwirtschaft und die Weinbauern protestieren. Ein entsprechender Initiativantrag im Parlament wurde auf Betreiben der öVP abgesetzt. Außerdem wurde bei dem erst kürzlich abgeschlossenen Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden paktiert, daß die Getränkesteuer in der derzeitigen Form weiterbestehen soll.

Ein weiterer öVP-Antrag forderte, daß der Rechnungshof den mit der VAMED abgeschlossenen Vertrag über den Neubau des AKH überprüfen soll. Die Stadt Wien sollte nach Ansicht der öVP den Rechnungshof zu einer solchen Überprüfung auffordern. Vizebürgermeister Mayr erklärte dazu, daß eine Überprüfung des AKH's im Aufgabenbereich des Rechnungshofes liegt, da ja dieser Bau zur Hälfte vom Bund finanziert wird. Der Rechnungshofpräsident hat von sich aus den VAMED-Vertrag angefordert und ihn auch bekommen. Damit sind alle Voraussetzungen für eine Überprüfung, wenn es der Rechnungshof für notwendig hält, gegeben.

Die FPö forderte in einem Antrag die Einrichtung eines eigenen Grünlandfonds für Wien. In der Antwort des Magistrats wurde betont, daß Wien zu den grünsten Millionenstädten der Welt gehört. Eine Fondsregelung würde die bisherige, erfolgreiche Praxis nicht verbessern. (Schluß) sei/ko

NNNN

Titel "Veterinärrat" für Dr. Szumlakowski

=++++

4 Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) Personalstadtrat Friederike SEIDL überreichte Freitag dem Tierarzt Dr. Richard SZUMLAKOWSKI die Urkunde über die Zuerkennung des Berufstitels Veterinärrat. Dr. Szumlakowski betreut die Rennställe Freudenau und Krieau, hält Vorträge an der Volkshochschule Brigittenau und veröffentlichte viele wissenschaftliche Publikationen, unter anderen über homöopathische Behandlungsformen. Stadtrat Seidl dankte für die bedeutsamen Verdienste während seiner 30jährigen Tätigkeit und würdigte das große fachliche Können des Ausgezeichneten. (Schluß)

lei/gg

NNNN

Betriebsmittelkredite auf 1.250 Millionen aufgestockt

=++++

5 #Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) Die Zinsenstützungsaktion für die Wiener Wirtschaft erweist sich als echter Renner: Seit März 1983 wurden bereits fast eine Milliarde an Krediten vergeben. Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik beschloß Freitag auf Antrag von Vizebürgermeister Hans MAYR eine Aufstockung der Aktion um weitere 250 Millionen auf 1.250 Millionen.#

Bei der Zinsenstützungsaktion erhält man einmalig in Österreich und nur in Wien für die Anschaffung von Betriebsmitteln gefördertes Geld. Derzeitiger Zinssatz: $6 \frac{3}{4}$ Prozent, der dadurch möglich wird, daß zu dem schon sehr günstigen Zinssatz von 7,5 Prozent die Stadt Wien, die Handelskammer und die Kreditinstitute einen Zuschuß von je $\frac{1}{4}$ Prozent leisten. Im Rahmen dieser Aktion werden Kredite bis zu maximal 250.000 Schilling an Wiener Betriebe vergeben. (Schluß)
sei/gg

NNNN

Erster Wiener Feuermauer-Malwettbewerb: Preise für bunte Ideen

=++++

6 Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) Mehr als 4.000 Einsendungen erbrachte der Feuermauer-Malwettbewerb, der vom Presse- und Informationsdienst am "Tag der offenen Tür 1984" gestartet wurde. In einer Vorauswahl wurden 520 Einsendungen ausgewählt und in der Volkshalle ausgestellt. Dort konnten die Besucher dieser Ausstellung eine Wertung vornehmen. Etwa 2.000 bis 2.300 Besucher gaben eine Wertung ab, die 80 meistgenannten Entwürfe wurden der Jury zur endgültigen Entscheidung vorgelegt.

Freitag wurden in Anwesenheit von Informationsstadtrat Helmut BRAUN in der Volkshalle des Rathauses die 32 Preisträger bekanntgegeben. Im Namen der Jury verlas die bekannte Schauspielerin Elfriede OTT die Namen der Preisträger: Den 1. Preis erhielt Gerhard NOVOTNY, den zweiten Preis erhielten bei gleicher Punkteanzahl Manfred SPEISER und Andreas DUSL. Die drei ersten Preisträger erhalten je 20.000 Schilling, die anderen Preisträger erhalten je 1.000 Schilling.

In seiner Dankesrede an alle Teilnehmer am Wettbewerb betonte Stadtrat Helmut Braun, daß einer der drei Sieger-Entwürfe rasch verwirklicht werde, für die Realisierung weiterer bunter Feuermauer-Ideen würden noch Sponsoren gesucht. (Schluß) ib/ko

NNNN

Pressekonferenz Zilk - Blecha: 15 "Sprayer" festgenommen

=++++

7 Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) In einer gemeinsamen Pressekonferenz berichteten Freitag Innenminister Karl BLECHA, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Polizeipräsident Dr. Karl REIDINGER über die Festnahme von 15 jugendlichen "Sprayern", die in jüngster Vergangenheit zahlreiche Wiener Denkmäler und 100 Wiener Häuser beschmiert haben. Bürgermeister Dr. Zilk meinte, die Stadt Wien habe immer bewiesen, daß sie für die Jugend und deren Interesse eintrete. Er wolle auch nicht über Kunst diskutieren, die Sache werde aber ernst, wenn Einrichtungen der Stadt sowie Privathäuser beschädigt werden. Allein 1984 betrugen die Schäden in Wien an Einrichtungen von Post, Verkehrsbetrieben und der Stadt selbst 38 Millionen Schilling. In diesem Zusammenhang gab der Bürgermeister bekannt, daß nicht nur Sonderstreifen gegen "Sprayaktionen" eingesetzt wurden, sondern auch die U-Bahn verstärkt überwacht werde, und Überlegungen angestellt würden, wie man den Vandalismus bei internationalen Sportveranstaltungen eindämmen könne.

Innenminister Karl Blecha wies darauf hin, daß es gerade in Wien gelungen sei, in den letzten zwei Jahren die Kriminalität wesentlich zurückzudrängen. Der Minister führte dies vor allem auf die Verstärkung des Fußstreifendienstes und den verbesserten Kontakt zur Bevölkerung zurück. Mit den augenblicklichen Aktionen wolle man, wie Blecha betonte, keinesfalls eine Kopfjagd auf junge Menschen veranstalten, sondern gegen die Verwüstung von Millionenwerten aufrütteln.

Wie Polizeipräsident Dr. Reidinger mitteilte, handelt es sich bei den Festgenommenen um 15 Jugendliche zwischen 15 und 23 Jahren, die mit einer Strafandrohung zwischen 6 Monaten und 5 Jahren konfrontiert werden und überdies zur Schadensgutmachung herangezogen werden. (Schluß) rö/gg

NNNN